

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Demokratie, Wertschöpfung, Prosperität - Dreieck der Chancen für Subsahara-Afrika

Während die gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie in Subsahara-Afrika vergleichsweise gering ausfallen, trifft es die Region wirtschaftlich deutlich härter. Aktuelle Schätzungen der Weltbank drückt die Pandemie das Wirtschaftswachstum deutlich und sorgt für die erste Rezession seit einem Vierteljahrhundert. Eindämmungsmaßnahmen, ausbleibender Konsum und sinkende Investitionen führen zu Produktionsverlusten von mindestens 115 Milliarden US-Dollar. Das pro-Kopf-BIP wird Ende diesen Jahres auf den Stand von 2007 zurückgefallen sein (<https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/34587>). Das alles gefährdet jahrelange Entwicklungserfolge und könnte bis zu 40 Mio. Menschen in extreme Armut stürzen. Denn insbesondere Subsahara-Afrika ist nach wie vor stark von Rohstoff- und Agrarexporten abhängig, eine weiterverarbeitende Industrie mit Wertschöpfungsketten ist kaum vorhanden. Über zwei Drittel der am wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries) befinden sich in Afrika südlich der Sahara. Neben den Folgen der COVID-19-Pandemie kämpfen die meisten Länder Subsahara-Afrikas darüber hinaus bis heute noch mit den Folgen der Kolonialisierung. Moderne, auf der Kongo-Konferenz 1884/1885 mit dem Lineal gezogene Grenzen missachteten die vielfältigen ethnischen und religiösen Unterschiede. Unter diesen Fehlern leidet die Region noch heute. Sie finden Ausdruck in repressiven Regimen, anhaltenden ethnischen Spannungen und ausbleibender wirtschaftlicher Prosperität.

Dabei bieten gerade demokratische Systeme, freie Märkte und private Investitionen großes Potenzial, den Chancenkontinent Afrika voranzubringen – gerade angesichts der drohenden Entwicklungsrückschritte durch die COVID-19-Pandemie muss umso dringender gehandelt werden. Demokratie und Freihandel sind Grundvoraussetzungen für Investitionen privaten Kapitals und damit für Entwicklung. Ohne eine gleichberechtigte Unterstützung dieser drei Säulen durch eine wertegeleitete deutsche und europäische Entwicklungspolitik droht Subsahara-Afrika zunehmend in die Abhängigkeit autoritärer Regime zu geraten. Gleichzeitig steigt die Perspektivlosigkeit einer jungen, stetig wachsenden Bevölkerung - mit immensen Konsequenzen für die betroffenen Staaten, deren Nachbarländer und Europa. Die Bevölkerung Afrikas wird sich bis 2050 auf bis zu 2,5 Milliarden Menschen mehr als verdoppeln. Mit demokratischer und wirtschaftlicher Teilhabe und Unterstützung bei der Entwicklung eines afrikanischen Binnenmarktes können

deutsche und europäische Entwicklungszusammenarbeit dem Chancenkontinent Afrika echte Zukunftsperspektiven bieten und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe erreichen. Im Systemwettbewerb mit anderen Akteuren, allen voran China und Russland, gilt es daher, sich verstärkt für die Prinzipien der demokratischen Teilhabe und einer freien Marktwirtschaft einzusetzen. Deutschland und die Europäische Union sind stärker als bislang gefordert, unsere Partnerländer in Subsahara-Afrika bei der Etablierung und dem Schutz demokratischer Strukturen und eines marktwirtschaftlichen, rechtssicheren Rahmens zu unterstützen.

1. Stabilität vor Demokratie ist zu kurz gedacht - Demokratie und Rechtsstaat stärken!

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Standards sind Grundvoraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, für Wohlstand und für Wachstum. Insbesondere in Subsahara-Afrika kam es in den letzten Jahren zu einer Erosion demokratischer Prinzipien. Mit fragwürdigen Verfassungsänderungen ermöglichten sich Machthaber, u.a. in Guinea, Uganda oder der Côte d'Ivoire, weitere Amtszeiten. Dabei nahmen 30 Staaten in den 1990er-Jahren aus Furcht vor Korruption und Seilschaften klare Amtszeitbegrenzungen für Staats- und Regierungschefs auf zwei Mandate in ihre Verfassungen auf. Bis heute haben drei Viertel der Staaten Subsahara-Afrikas solch eine Klausel zumindest auf dem Papier (<https://www.economist.com/leaders/2021/01/09/too-many-african-countries-are-letting-presidential-term-limits-slip>). Die Realität jedoch sieht anders aus: In zahlreichen Staaten klammern sich die selben Herrscher seit Jahrzehnten an die Macht. Oppositionelle, regierungskritische Journalisten und die Zivilgesellschaft werden systematisch unterdrückt, verhaftet oder ins Ausland gedrängt. Zu lange wurden despotische Machthaber, die für Stabilität und Kontinuität standen, unterstützt und antidemokratische Tendenzen akzeptiert.

Deutschland darf nicht weiter vermeintliche Stabilität und Demokratie gegeneinander ausspielen. Demokratie, friedliche Machtwechsel und Rechtsstaatlichkeit sind Grundvoraussetzung für ein friedliches Zusammenleben und bieten die Grundlage für wirtschaftlichen Aufschwung. Eine junge, politisch aktive postkoloniale Generation wünscht sich die Freiheit, über ihr eigenes politisches Schicksal zu entscheiden. Dazu gehört die Freiheit, selbst über passende Verfassungssysteme und Staatsordnungen nachzudenken. Dass dieser Wandel gewünscht ist, wurde in vielen Ländern Subsahara-Afrikas offensichtlich: In Uganda demonstrieren Oppositionelle und die Zivilgesellschaft gegen gefälschte Wahlen, in Côte d'Ivoire protestierte die Bevölkerung gegen eine illegitime dritte Amtszeit des Präsidenten und in Mali wurde ein korruptes Militärregime gestürzt. Gerade diese Entwicklungen müssen wir im Rahmen der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit als Chance begreifen und deutlich aktiver durch die Förderung der Zivilgesellschaft unterstützen. Nur wenn Demokratie und Verfassung gewahrt bleiben, kann sich Wohlstand entwickeln und Entwicklung vollziehen. Dazu gehört als ultima ratio

die konsequente Einstellung der bilateralen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit mit despotischen Regimen, die freien politischen Wettbewerb verhindern, Informationszugänge einschränken, demokratische Institutionen schwächen und Wahlergebnisse nicht anerkennen und die sich Maßnahmen zur Demokratieförderung auf staatlicher Ebene verschließen. In diesen Fällen muss die Entwicklungszusammenarbeit regierungsfern fortgeführt werden. Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie fragil demokratische Teilhabe und Rechte in vielen Ländern Subsahara-Afrikas noch immer sind. Unter dem Deckmantel vermeintlicher Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung haben die Repressionen gegen Oppositionelle zugenommen, wurde die Versammlungsfreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung und der Zugang zu unabhängigen Informationen in vielen Ländern beschnitten. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine stärkere Unterstützung der politischen Bildungsarbeit in Subsahara-Afrika und verstärkte Kooperation mit lokalen Nichtregierungsorganisationen ein, um die politische Teilhabe der Bevölkerung zu ermöglichen und die Resilienz von Akteuren und Institutionen zu stärken. In allen Vereinbarungen zur Entwicklungszusammenarbeit gilt es, eine Sollbruchstelle bei Verstößen gegen grundlegende demokratische Prinzipien und eindeutige personenbezogene Sanktionen gegen die Verantwortlichen zu vereinbaren. Dafür ist auch die enge Abstimmung auf europäischer Ebene, beispielsweise durch einen umfassenden "European Magnitsky Act" sowie eine stärkere Kohärenz der nationalen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit unabdingbar.

2. Panafrikanische Wertschöpfung, Diversifikation und Freihandel stärken

Demokratie, freie Marktwirtschaft und Entwicklung bedingen und befördern sich gegenseitig. Die Erfahrungen in Europa zeigen, dass Handel nicht nur ein Wirtschafts- und Entwicklungsmotor, sondern auch ein Friedenspromotor ist. Die nachhaltige wirtschaftliche Stärkung durch Diversifizierung und Industrialisierung sowie der Ausbau des innerafrikanischen Handels sind zentrale Bausteine im Kampf gegen Hunger und Armut. Dafür bedarf es weitergehender Unterstützung, auch beim Ausbau der innerafrikanischen Infrastruktur und bei der Beratung und der Information privater Investoren. Wir Freien Demokraten wollen daher die Förderung des innerafrikanischen Handels wieder zu einem Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit machen. Hierfür braucht es auch eine starke Rolle der EU. Die handelsbezogene Entwicklungszusammenarbeit muss gerade auch im Rahmen einer stärkeren gemeinsamen europäischen Entwicklungszusammenarbeit ausgeweitet werden. Das bedeutet zum einen, die Verhandlungsprozesse sowie das Sekretariat der Afrikanischen Union und der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften zu unterstützen und die Umsetzung der in der Afrikanischen Union getroffenen Beschlüsse in unseren Partnerländern zu fördern.

a) Panafrikanischen Freihandel stärken

Der am 1. Januar 2021 erfolgte Start der African Continental Free Trade Area AfCFTA, des Panafrikanischen Freihandels-Rahmenübereinkommens, ist ein wichtiger Meilenstein in der wirtschaftlichen Entwicklung des Chancenkontinents Afrika. Nach nur dreijährigen Vertragsverhandlungen haben 54 der 55 Staaten Afrikas dieses wegweisende Abkommen unterzeichnet. Am Ende des Ratifizierungsprozesses könnte bis 2063 ein Binnenmarkt entstehen, der angesichts des erwarteten Bevölkerungswachstums mehr als 2 Milliarden Menschen umfassen wird und damit eine der größten Freihandelszonen der Welt begründen könnte. Angesichts der kurzen Zeitspanne, der ehrgeizigen Liberalisierungsziele sowie der Heterogenität und großen Zahl von 55 Mitgliedstaaten, die über die Freihandelszone verhandeln, ist dies ein enormer diplomatischer und politischer Erfolg. Die Weichen sind nun gestellt, um Rahmenbedingungen, Vorschriften und Übereinkünfte zu reformieren und zu vereinfachen. Die offiziellen Handelshemmnisse zwischen den afrikanischen Ländern waren und sind dabei in der Regel höher als solche zwischen Afrika und dem Rest der Welt. Hierbei ist politische Unterstützung durch die Europäische Union unabdingbar, um Markteintrittsbarrieren zu reduzieren, Zölle, Grenzkontrollen und Standards zu vereinheitlichen. Nur mit einem level playing field vermag die AfCFTA eine wirkliche Freihandelszone und für ausländische Investoren ausreichend attraktiv zu werden, um mittelfristig Handel, Investitionen und Beschäftigung innerhalb Afrikas zu fördern und anzukurbeln.

b) Diversifizierung fördern, Wertschöpfung etablieren

Afrika ist nach wie vor stark von Rohstoff- und Agrarexporten abhängig. Investitionsgüter oder Lebensmittelerzeugnisse werden insbesondere in Subsahara-Afrika überwiegend von außerhalb des Kontinents importiert (<https://www.brookings.edu/blog/africa-in-focus/2020/12/14/unpacking-the-misconceptions-about-africas-food-imports/>). Die fehlende Diversifizierung der afrikanischen Wirtschaft führt zu einer starken Abhängigkeit von Einnahmen aus Rohstoffexporten und einem laut WTO sehr geringen Welthandelsanteil von unter drei Prozent. Mit gezielten, länderspezifischen Kooperationen, u.a. in der Herstellung von Energiespeichermodule, der Pharmaindustrie oder der Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte wollen wir im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit die Partnerstaaten befähigen, regionale Wertschöpfungsketten in der verarbeitenden Industrie zu etablieren. Um mittelfristig Marktanteile zu steigern, Produktveredelung zu ermöglichen und exportfähige Überschüsse zu produzieren, benötigen die Länder ausreichende Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten, verlässliche Energie- und Infrastrukturversorgung.

c) Entwicklung zu Freihandel mit Information zu Investitionschancen begleiten

Bis die AfCFTA vollendet ist, gilt es, die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften zu stärken und in diesem Rahmen den Handel zwischen Europa und Afrika durch die bestehenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zu stärken. Angesichts deutlich rückläufiger Direktinvestitionen deutscher und europäischer

Unternehmen muss insbesondere im Bereich der Wirtschaftsförderung auch die Aufklärung über Potenziale und Chancen für deutsche und europäische Investoren intensiviert werden. Mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, der Zollunion des südlichen Afrika SACU oder dem Gemeinsamen Markt für das Östliche und Südliche Afrika COMESA bestehen bereits heute tief integrierte und weit fortgeschrittene regionale Freihandelszonen. Den Ausbau und die Förderung der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften betrachten wir Freie Demokraten als wichtigsten Zwischenschritt zur Vollendung der Afrikanischen Freihandelszone. Gerade hier können wir Europäer mit unseren eigenen Erfahrungen einen positiven Beitrag zur Entwicklung leisten.

d) Infrastruktur schaffen, Handel ermöglichen

Eine große Herausforderung bleibt die rudimentäre Infrastruktur. Diese ist noch immer weitgehend auf den Export von Mineralien ausgerichtet und erschwert innerafrikanische Warentransporte, einen effizienten Transport verderblicher Waren oder die Lieferung von Vorprodukten - allesamt Faktoren, die längeren Wertschöpfungsketten entgegenstehen. Nach Berechnungen der KfW würde eine intakte Infrastruktur die Produktivität um 40 Prozent steigern und die Transportkosten um 30 bis 40 Prozent verringern. Um die Fortentwicklung des innerafrikanischen Handels voranzutreiben, sind Deutschland und die EU gefordert, noch stärker als bisher entsprechende Infrastrukturprojekte voranzutreiben - auch um die Abhängigkeit afrikanischer Staaten von externen Akteuren wie China zu verringern. Dies gelingt nur durch ein gemeinsames Auftreten der Europäischen Union. Um die hohen Kosten dieser Infrastrukturprojekte breiter zu streuen, setzen wir Freie Demokraten uns für die Schaffung einer Europäischen Bank für nachhaltige Entwicklung und internationalen Klimaschutz als gemeinsame Entwicklungs- und Klimabank der EU und der Mitgliedstaaten ein. Dies ermöglicht auch, dass die zur Verfügung gestellten Mittel an menschenrechtliche, soziale oder ökologische Bedingungen geknüpft werden können. Mit der Bündelung der europäischen Finanzmittel kann zusätzlich privates Kapital für die Infrastrukturfinanzierung mobilisiert werden.

3. Koloniale Geldpolitik beenden - Eigene Währungen ermöglichen

Zur nachhaltigen Entwicklung und der Förderung des freien Handels bedarf es volkswirtschaftlicher Steuerung. Dies kann beispielsweise durch eine eigene Währung geschehen. Sie erleichtert Handel, eine eigenständige Geldpolitik und eigenverantwortliche Mittelverwendung. Deutschland und die Europäische Union sollten die Bemühungen der ECOWAS zur Schaffung einer gemeinsamen Währungsunion aktiv unterstützen. Die Einführung des "Eco" zur Überwindung des postkolonialen Franc-CFA ist dabei ein erster Schritt. Um Gefahren für einzelne Volkswirtschaften, wie rapiden Wechselkursverfall, steigende Inflation oder massive Dominanz einzelner Staaten im Währungsraum zu senken, kann dies nur bei gleichzeitiger Ausweitung des Handels bzw. der nachhaltigen Stabilisierung der Volkswirtschaften erfolgreich

umgesetzt werden. Wir wollen interessierte Staaten innerhalb der bestehenden Regionalorganisationen Afrikas bei der Einführung einer (digitalen) Gemeinschaftswährung oder einer gemeinsamen Zusatzwährung sowie der Etablierung einheitlicher Zahlungsstandards unterstützen. Durch sie können der interafrikanische Handel ausgeweitet und grenzüberschreitende Investitionen in Unternehmen und Infrastruktur erleichtert werden.

4. Illegaler Kapitalabfluss - Illegalen Kapitalabfluss durch Europäische Gesetzgebung verhindern

Kapital und Investitionen sind notwendige Voraussetzungen für Entwicklung. Doch Subsahara-Afrika kämpft mit großem Kapitalabfluss. Laut UN-Handels- und Entwicklungsagentur werden den afrikanischen Volkswirtschaften jedes Jahr rund 90 Mrd. US-Dollar durch illegale Finanzströme entzogen - fast soviel wie die jährliche öffentliche Entwicklungshilfe und ausländischen Direktinvestitionen zusammen. Betroffene Regierungen geben nachweislich weniger für Gesundheit und Bildung aus und gefährden damit mühsam erreichte Entwicklungsziele. Ein Großteil des Abflusses tritt in Zusammenhang mit Rohstoffexporten zu Tage - als Steuervergehen, durch Korruption oder falsche Fakturierung (<https://www.welthungerhilfe.de/welternaeahrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/infografik-wo-schlummern-abgezweigte-gelder-aus-afrika/>). Allein zwischen 2000 und 2015 belief sich der illegale Kapitalabfluss auf 836 Mrd. US-Dollar. Hinzukommt der private Kapitalabfluss durch Steuervermeidung (<https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/afrikanische-staaten-verlieren-89-milliarden-dollar-jaehrlich-durch-illegale-kapitalflucht/>). Dies verdeutlicht sowohl die Notwendigkeit, den Rohstofffokus afrikanischer Ökonomien zu ändern als auch effektive Regeln zur Kapitalfluchtvermeidung zu implementieren. Eine entschlossene Bekämpfung der illegalen Finanzströme eröffnet hingegen finanzielle Spielräume zur Finanzierung von Infrastruktur, der öffentlichen Daseinsvorsorge oder Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels. So rechnet die renommierte Brookings-Institution, dass allein die Stärkung staatlicher Strukturen zur Bekämpfung von Steuervermeidung und Hinterziehung sowie die Implementierung einer nachhaltigen Fiskalpolitik in den Ländern Subsahara-Afrikas zu jährlichen Steuererhöhungen von bis zu 110 Milliarden US-Dollar führen könnten (https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2018/10/Mobilization-of-tax-revenues_20181017.pdf). Wir Freie Demokraten sehen die größte Stellschraube zur Verhinderung von Kapitalflucht in einer effizienten Verwaltung, die transparent Steuerschulden ermittelt und einzieht sowie digitalisierte Zollverfahren durchführt. Wir wollen international noch enger mit unseren Partnern beim Kampf gegen Steuervermeidung und -flucht kooperieren und die Förderung und Umsetzung der Prinzipien der Good Financial Governance zu einem Kernbestandteil unserer partnerschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit machen. Insbesondere die Einrichtung digitaler Vergabeplattformen und Grundbuchämter inklusive Landnutzungsrechte muss

dabei einen höheren Stellenwert einnehmen. Damit kann gleichzeitig die Korruptionsbekämpfung gestärkt werden.

5. Least Developed Countries nicht aus dem Blick verlieren - internationale Zusagen einhalten

32 der 46 ärmsten Länder, der Least Developed Countries LDC, befindet sich in Subsahara-Afrika. In den vergangenen Jahren hat sich die westliche Entwicklungszusammenarbeit jedoch vor allem auf Staaten konzentriert, in denen schnell Entwicklungserfolge vorgewiesen werden konnten. Auch die deutsche Politik fokussiert sich auf wirtschaftlich stärkere und politisch stabile Entwicklungsländer mit mittlerem pro-Kopf-Einkommen, die middle income countries (MICs). Dies steht in eklatantem Widerspruch zu den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und den Selbstverpflichtungen der Geberländer. Wir Freie Demokraten wollen die Unterstützung für die LDC in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit stärken, um so unserer internationalen Verpflichtung, 0,15-0,2% unseres BIP bis 2030 für diese Länder bereitzustellen, nachzukommen. Nur so können LDCs in die Lage versetzt werden, widerstandsfähige demokratische Strukturen, verlässliche Rechtsrahmen und wirtschaftliche Stabilität zu schaffen. Hierfür wollen wir gezielt multilaterale Initiativen, UN-Programme und Maßnahmen zivilgesellschaftlicher Träger und Nichtregierungsorganisationen zur Armutsbekämpfung, zur Förderung der Grundbildung, zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung, zum Klimaschutz und zum Aufbau staatlicher Infrastruktur und Institutionen unterstützen. Einen weiteren Schwerpunkt sehen wir Freie Demokraten in Maßnahmen, die effektiv zum Aufbau einfacher Wirtschaftsstrukturen, der Versorgung mit Nahrungsmitteln für die Bevölkerung und damit der Minderung von Fluchtursachen beitragen. Direkte Zahlungen an korrupte bzw. menschenverachtende Regierungen darf es dabei unter keinen Umständen geben.

Ansprechpartner:

Dr. Christoph Hoffmann, entwicklungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion
Telefon: 030 227 - 72380 – E-Mail: christoph.hoffmann@bundestag.de